

Oesterreich, Detlef; Händle, Christa; Trommer, Luitgard
**Perspektiven der politischen Bildung. Ergebnisse einer Expertenbefragung
über Defizite und Chancen der aktuellen Entwicklung in Schulen**

Die Deutsche Schule 93 (2001) 3, S. 363-372



Quellenangabe/ Reference:

Oesterreich, Detlef; Händle, Christa; Trommer, Luitgard: Perspektiven der politischen Bildung.
Ergebnisse einer Expertenbefragung über Defizite und Chancen der aktuellen Entwicklung in Schulen
- In: Die Deutsche Schule 93 (2001) 3, S. 363-372 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-275789 - DOI:
10.25656/01:27578

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-275789>

<https://doi.org/10.25656/01:27578>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Detlef Oesterreich, Christa Händle und Luitgard Trommer

Perspektiven der politischen Bildung

Ergebnisse einer Expertenbefragung über Defizite und Chancen der aktuellen Entwicklung in Schulen

Welche politische Bildung haben Jugendliche und wie haben sie diese Bildung erworben? Dies sind die *zwei zentralen Fragen*, die wir im Projekt „Civic Education“ des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung erforschen.

Die politische Bildung von Jugendlichen wurde vor zwei Jahrzehnten in einer *internationalen Vergleichsstudie* im Rahmen der IEA (International Association for the Evaluation of Educational Achievement) untersucht (Torney u.a., 1975). Um die Jahrtausendwende findet wiederum im Rahmen der IEA eine vergleichende Untersuchung der politischen Bildung von Jugendlichen in über 20 Ländern statt.

Die zweite Frage nach dem Wissens- und Kompetenzerwerb wird zusätzlich vor allem in der deutschen Studie gestellt. Sie ist komplexer, denn anders als in den naturwissenschaftlichen Fächern oder im Fach Mathematik, wo Jugendliche weitgehend nur das wissen, was sie im Unterricht lernen, wird politische Bildung *in ganz unterschiedlichen Bereichen* erworben. Neben dem Politikunterricht in der Schule geschieht dies durch die Thematisierung politischer Fragen in anderen Unterrichtsfächern, in Schulprojekten, durch demokratische Entscheidungen und Umgangsformen in der Schule, durch Informationen und Diskussionen in der Peer-Gruppe und in der Familie sowie durch die Medien. Wie wichtig einzelne dieser Bereiche für politische Bildung sind sowie in welchem Maße Wissen und Kompetenzen zu spezifischen Themen in diesen Erfahrungsbereichen erworben werden, ist weitgehend unerforscht und bleibt zu untersuchen.

Im Folgenden soll kurz das internationale Forschungsprojekt der IEA, in dessen Rahmen dieses Projekt steht, geschildert werden, anschließend sollen *Teilergebnisse aus der ersten Phase des Projektes* berichtet werden, die sich mit den Einschätzungen von Expertinnen und Experten zu Ursachen für die Diskrepanzen zwischen ihren Ansprüchen an politische Bildung in der Sekundarstufe und ihrer Einschätzung der Realisierung befassen sowie mit deren Empfehlungen zu einer Verbesserung der Situation.

1. Skizze des internationalen Forschungsprojektes

Schwerpunkt des internationalen Forschungsprojektes ist eine Untersuchung der politischen Bildung in Schulen, ihrer Ziele und deren Realisierung insbesondere in der Sekundarstufe I. Das Projekt gliedert sich in zwei Phasen: In der ersten Phase, die 1997 abgeschlossen wurde, werden Ziele und *Rahmenbedingungen* politischer Bildung in den beteiligten Ländern untersucht und dar-

gestellt, in der zweiten Phase (ab 1997) die *Ergebnisse ihrer Vermittlung* in der Sekundarstufe. 24 Länder – schwerpunktmäßig Industrienationen in West- und Osteuropa – haben sich an der 1. Phase des Projekts beteiligt, 28 in der 2. Phase. Dazu wurden repräsentative Stichproben von Jugendlichen der 8. Schulklasse mit Hilfe eines von allen am Projekt beteiligten Ländern entwickelten Fragebogens untersucht. Die Hauptuntersuchung fand im Frühjahr 1999 statt.

Initiiert wurde das Projekt im Rahmen der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) von Judith Torney-Purta, die Anfang der 70er Jahre schon an der ersten IEA-Studie zur politischen Bildung beteiligt war (Torney u.a. 1975). Die deutsche Untersuchung wurde von einer Projektgruppe am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung durchgeführt. Inzwischen sind über die 1. Phase des Projektes ein *internationaler und ein nationaler Bericht* erschienen (Torney-Purta u.a. 1999, Händle u.a. 1999). Der internationale Bericht über die 2. Phase wurde 2001 publiziert (Torney-Purta u.a. 2001), der nationale Bericht über die Befragung der Jugendlichen erscheint Anfang 2002 (Österreich).

2. Befragung von Experten und Expertinnen

Um einen Überblick zur Situation politischer Bildung in der Sekundarstufe I in der Bundesrepublik Deutschland zu bekommen, haben wir in der ersten Phase des Projektes *Lehrpläne aller Bundesländer* untersucht (Trommer, 1999), ausgewählte *Projektdokumentationen* gesichtet (Händle 1997, 1999) und knapp 100 *Experten und Expertinnen* mit Hilfe eines Fragebogens nach den Zielen politischer Bildung sowie ihrer Realisierung in der Sekundarstufe I befragt (Österreich u.a. 1999). Die im Fragebogen genannten möglichen Ziele politischer Bildung finden sich in den folgenden Bereichen: Verständnis von Demokratie, ökonomische und ökologische Probleme der Industriegesellschaft, nationale Identität, die Bedeutung des Holocaust für das Selbstverständnis deutscher Politik und Identität, die Rolle von Minderheiten und Ausländern, die Gewaltproblematik sowie didaktische Konzepte und Schulkultur.

Um ein *breites Spektrum von Positionen und beruflichen Erfahrungen* einzubeziehen, haben wir Experten und Expertinnen im Bereich der politischen Bildung aus Schulen (Lehrpersonen und Jugendliche), Hochschulen, Wissenschaft und Lehrerfortbildung angesprochen sowie aus Verbänden, wie Kirchen, Parteien und Gewerkschaften. Die Experten und Expertinnen kommen aus allen 16 Bundesländern; wir haben ebenso viele Frauen wie Männer befragt.

Die Studie fand als Haupt- und anschließende Nachbefragung statt. In der Nachbefragung haben wir die Experten und Expertinnen gebeten, die zentralen Ergebnisse der ersten Befragungsrunde einzuschätzen. Zudem haben wir eine Reihe weiterer Fragen zur Interpretation der Ergebnisse der ersten Befragung gestellt.

In der ersten Runde der Expertenbefragung sprechen sich die Expertinnen und Experten klar für *liberal-humanistische Ziele politischer Bildung* wie Solidarität und Gleichheit, soziales Engagement und soziale Verantwortung sowie den Erwerb politischer Handlungskompetenzen aus. Sie lehnen die Vermittlung eines traditionell völkisch orientierten deutschen Nationalbewusstseins ab und fordern eine gleichberechtigte Integration von Ausländern als Lernziel.

Zugleich betonen sie, dass in der Sekundarstufe I diese Ziele weitgehend nicht erreicht werden (vgl. Oesterreich u.a. 1999). Die *Diskrepanzen* sind dabei je nach Lernziel unterschiedlich hoch; gerade als besonders wichtig erachtete Lernziele, wie die Übernahme sozialer Verantwortung oder die gleichberechtigte Integration von Ausländern in die deutsche Gesellschaft werden nach Auffassung der Expertinnen und Experten schlecht erreicht, während bei weniger wichtigen Lernzielen die Differenz zur eingeschätzten Realisierung geringer ist.

Die von den Befragten hervorgehobenen liberal-humanistischen Zielsetzungen für politischen Unterricht sind sehr anspruchsvoll und wirken oft normativ. Sie stimmen aber in hohem Maße mit den Zielsetzungen politischer Bildung der Rahmenpläne für den politischen Unterricht der Bundesländer überein. Danach zielt politische Bildung auf „gebildete und informierte Bürger“ oder „mündige Bürger“. Verstanden werden darunter Menschen, die die Werte und Rechtsnormen der freiheitlich demokratischen Grundordnung verstehen und anerkennen, die Menschenwürde achten, Kooperationsfähigkeit, Kompromissbereitschaft und aktive Toleranz entwickeln sowie die eigenen Sozialisationsbedingungen überprüfen und Wertvorstellungen für die eigene Lebensgestaltung formulieren. (Trommer 1999)

Angesichts der konservativen Strömungen in der Gesellschaft und im Bildungssystem stellt sich die Frage, ob die Auffassungen unserer Befragten als repräsentativ gelten können. Dazu ist festzuhalten, dass, obwohl wir uns bei der Auswahl der Befragten um ein möglichst breites Spektrum von Positionen und beruflichen Erfahrungen bemüht haben, wir nur solche Personen und Institutionen ansprechen konnten, die für uns visibel waren. Es handelt sich von daher bei den Befragten um eher bildungspolitisch engagierte Personen. Es mag Gruppen geben, die anders denken, die wir aber mangels Visibilität nicht befragen konnten.

3. Gründe für die schlechte Realisierung wichtiger Lernziele in der Sekundarstufe I

Wir haben die Experten und Expertinnen in der zweiten Befragung nach ihrer Einschätzung der *Gründe für die große Differenz zwischen Anspruch und Realität* politischer Bildung gefragt. Werden die Ziele politischer Bildung durch die politische Kultur außerhalb der Schule konterkariert oder liegen die Gründe für den schlechten Lernerfolg möglicherweise in der Schule selbst? Ist vielleicht die Schule als Institution generell überfordert mit der Realisierung anspruchsvoller Lernziele?

Als Gründe für die schlechte Realisierung als wichtig erachteter Lernziele in der Sekundarstufe I sehen die Experten und Expertinnen vor allem den *begrenzten zeitlichen Rahmen* für die politische Bildung. 84 Prozent meinen, dass dies ein Grund für die schlechte Realisierung der Lernziele politischer Bildung sei, nur 9 Prozent meinen, dies stimme nicht. Demgegenüber finden sowohl das gesellschaftskritische Argument, dass konservative Strömungen außerhalb der Schule, zum Beispiel in den Medien, für eher konservative Orientierungen der Schüler verantwortlich seien, als auch die schulkritische Auffassung, dass die Schule als Institution prinzipiell mit der Realisierung anspruchsvoller wünschenswerter Lernziele überfordert sei, weniger Zustimmung. Auch organisa-

Tabelle 1: Gründe für die schlechte Realisierung für wichtig erachteter Lernziele in der Sekundarstufe I (Befragte in Prozent)

	Stimmt	Schwer zu sagen	Stimmt nicht	$\bar{x}$	σ
Mit der Realisierung anspruchsvoller wünschenswerter Ziele politischer Bildung ist die Schule als Institution prinzipiell überfordert	58	6	36	2,62	1,14
Der begrenzte zeitliche Rahmen für politischen Unterricht behindert die Realisierung	84	7	9	1,75	0,95
Rahmenrichtlinien, Vorschriften und Lehrbücher erschweren die Realisierung	36	13	51	3,13	1,23
Andere Kolleginnen und Kollegen teilen diese Ziele nicht und arbeiten bei ihrer Realisierung unzureichend zusammen	55	13	31	2,72	1,17
Jugendliche der Sekundarstufe haben begrenztes Interesse an politischer Bildung und verweigern sich einer Realisierung vieler anspruchsvoller Ziele	60	6	35	2,58	1,23
Fachfremd erteilter Unterricht	38	26	37	3,02	1,19
Politisch kontroverse Meinungen werden im Unterricht und durch Zensuren negativ sanktioniert	23	11	66	3,60	1,24
Die Begrenzung auf Vormittagsunterricht und die Priorität von Fachunterricht erschweren die Realisierung anspruchsvoller Ziele politischen Unterrichts	62	11	27	2,55	1,30
Diese Ziele sind zwar wünschenswert, de facto werden jedoch außerhalb der Schule in den Medien vor allem konservative Orientierungen vermittelt	59	13	39	2,89	1,36

torische Gründe, wie der einer „Begrenzung auf Vormittagsunterricht und die Priorität von Fachunterricht“, einer Erschwerung durch „Rahmenrichtlinien, Vorschriften und Lehrbücher“ und „fachfremd erteilter Unterricht“ haben einen deutlich geringeren Stellenwert.

Am stärksten abgelehnt wird als möglicher Grund, „politisch kontroverse Meinungen“ würden „im Unterricht und durch Zensuren negativ sanktioniert“. Nur 23 Prozent stimmen dem zu, 66 Prozent meinen, dies spiele keine Rolle.

Die Experten und Expertinnen haben zu den *Gründen für die schlechte Realisierung* von anspruchsvollen Lernzielen in der Schule relativ klare, wenn auch unterschiedliche Auffassungen. Klar sind die Auffassungen deshalb, weil sie bei ihren Antworten die unverbindliche Mittelkategorie „schwer zu sagen“ nur in geringem Maße benutzen; unterschiedlich sind sie, weil die Antworten sich über alle fünf Kategorien verteilen. Unterschiedliche Auffassungen ergeben sich insbesondere hinsichtlich der Einschätzungen, die Schule sei mit der Re-

alisierung anspruchsvoller Lernziele politischer Bildung prinzipiell überfordert, oder aber Jugendliche an der Sekundarstufe I hätten nur begrenztes Interesse an politischer Bildung. Eindeutiger sind dagegen die Meinungen in der Zustimmung zur Aussage, „der zeitlich begrenzte Rahmen für politischen Unterricht“ behindere eine Realisierung anspruchsvoller Ziele.

Wir haben auch nach dem *Stellenwert der politischen Kultur für die Politikverdrossenheit* von Jugendlichen gefragt und sechs mögliche Gründe vorgegeben (vgl. Tab. 2). Im Vordergrund stehen nach Auffassung der Expertinnen und Experten Defizite in den Möglichkeiten von Jugendlichen, an politischen Entscheidungen zu partizipieren (79 %). 67 Prozent sehen eine „Vernachlässigung der berechtigten Interessen einzelner Gruppen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen“ als Ursachen von Politikverdrossenheit. Eine fast gleiche Bedeutung messen sie aber auch der geringen Glaubwürdigkeit und Gemeinwohlorientierung der Politik und ihrer Repräsentanten zu: „Opportunität und Lüge im politischen Geschäft“ nennen 66 Prozent der Befragten und 61 Prozent nennen „Positionssicherung und Selbstversorgung von Politikern und politischen Parteien“.

Einen deutlich geringeren Stellenwert hat das allgemeine Argument, die Politiker hätten „geringe Neigung, die Interessen und Meinungen der BürgerInnen zu berücksichtigen“ (30 %), das stellen die Befragten zugunsten einer spezifischer Zustimmung zum Argument einer Vernachlässigung berechtigter Interessen von Kindern und Jugendlichen zurück. Nur 13 Prozent sehen in einer „Ausgrenzung unbequemer KritikerInnen“ einen Grund für Politikverdrossenheit.

Tabelle 2: Gründe für die Politikverdrossenheit von Jugendlichen (Prozent der Befragten)

	Grund genannt
Geringe Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen	79
Positionssicherung und Selbstversorgung von Politikern und politischen Parteien	61
Opportunität und Lüge im politischen Geschäft	66
Geringe Neigung, die Interessen und Meinungen der BürgerInnen zu berücksichtigen	30
Ausgrenzung unbequemer KritikerInnen	13
Vernachlässigung der berechtigten Interessen einzelner Gruppen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen	67

Zur Erklärung von Politikverdrossenheit werden also herangezogen die Ohnmacht, an politischen Entscheidungen zu partizipieren, die Resignation, die eigenen Interessen berücksichtigt zu sehen, sowie die mangelnde Glaubwürdigkeit und Allgemeinwohlorientierung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Experten und Expertinnen Gründe für die mangelnde Realisierung anspruchsvoller Lernziele im Be-

reich politischer Bildung sowohl in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland als auch bei den Jugendlichen und in der Schule sehen. In der *Schule* sehen sie vor allem den *zeitlich begrenzten Rahmen* für politischen Unterricht als Hinderungsgrund.

4. Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Bildung in der Sekundarstufe

Fragt man nach Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Bildung in der Sekundarstufe I, dann ist der Stellenwert, den die zeitliche Begrenzung des Unterrichts als Grund für eine schlechte Realisierung wichtiger Lernziele hat, deutlich geringer. Auch in diesem Zusammenhang sagt zwar eine klare Mehrheit, dass eine Erhöhung des Stundenanteils des Faches nützlich wäre (76 %), noch mehr Zustimmung finden schulorganisatorische Maßnahmen, die sich auf eine „Förderung der Kooperation mit anderen Fächern“ beziehen (95 %), auf ein „Gewinnen von Kooperationspartnern aus Politik, Wissenschaft und sozialen Bewegungen für Arbeitsgemeinschaften und Projekte“ (86 %) und auf „jährliche Projektwochen zur politischen Bildung“ (80 %) (siehe hierzu Tab. 3).

Dies zeigt, dass die Befragtengruppe den Spielraum für eine Verbesserung politischen Unterrichts trotz schlechter Rahmenbedingungen (der zu geringe Stundenanteil) durchaus nicht für ausgeschöpft hält. Insbesondere die Betonung *verbesserter Kooperation* verdeutlicht dies. Bedenkt man, dass die Inhalte politischer Bildung nicht auf den politischen Unterricht beschränkt sind, sondern auch in anderen Fächern, wie Geschichte, Geographie, Religion und Deutsch vermittelt werden, dann leuchtet unmittelbar ein, dass es hier Handlungsspielräume gibt, durch Kooperation Lehrinhalte besser aufeinander abzustimmen und so politische Bildung als Unterrichtsprinzip zu verstärken.

Insgesamt werden die Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Bildung einheitlicher als die Diagnose der Gründe für die geringe Effizienz politischen Unterrichts eingeschätzt. Erstens finden alle die genannten möglichen Maßnahmen deutlich *mehr Zustimmung als Ablehnung* und zweitens stimmen die Befragten in ihren Einschätzungen weitgehend überein. Mit 55 Prozent am niedrigsten eingestuft wird die Maßnahme „Stundenentlastung für Curriculumentwicklung und Anfertigung von Arbeitsmaterialien zusammen mit anderen Kolleginnen und Kollegen“. Dennoch wird auch diese Maßnahme für nützlich gehalten.

Betrachtet man einerseits die Einschätzungen der Gründe für den geringen Erfolg politischer Bildung und andererseits der Maßnahmen zu ihrer Verbesserung im Zusammenhang, dann ergibt sich durchaus ein hoffnungsvolles Bild. Es liegt zwar nach Auffassung der Expertinnen und Experten in erster Linie an Rahmenbedingungen in der Schule, dass politische Bildung weniger erfolgreich ist als erwünscht (zu geringer Stundenanteil), zugleich werden aber vielfältige *organisatorische Maßnahmen für Verbesserungen politischer Bildung* gesehen. Diese beziehen sich nicht nur auf die zentrale jedoch vielleicht in der Konkurrenz der Fächer am schwersten zu realisierende Forderung nach einer Erhöhung des Stundenanteils des Faches Politik, sondern auch auf eine Reihe von Änderungen, wobei im vorgegebenen Rahmen die verbesserte Kooperation mit Expertinnen und Experten von außen sowie mit anderen Fächern und zusätzliche Nachmittagsangebote und Projektwochen im Vordergrund stehen.

Tabelle 3: Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Bildung in der Sekundarstufe (Befragte in Prozent)

	nützlich	Schwer zu sagen	Stimmt nützlich	$\bar{x}$	σ
Erhöhung des Stundenanteils des Faches	76	11	13	2,11	1,05
Förderung von Kooperation mit anderen Fächern	95	4	2	1,45	0,66
Stundenentlastung für Curriculumentwicklung und Anfertigung von Arbeitsmaterialien zusammen mit anderen Kolleginnen und Kollegen	55	15	31	2,62	1,31
Angebote von Arbeitsgemeinschaften zur politischen Bildung für Jugendliche am Nachmittag in der Schule bei Anrechnung auf die Pflichtstunden der Lehrpersonen	76	7	17	2,04	1,10
Jährliche Projektwochen zur politischen Bildung	80	9	11	1,98	0,98
Gewinnen von Kooperationspartnern aus Politik, Wissenschaft und sozialen Bewegungen für Arbeitsgemeinschaften und Projekte	86	7	7	1,58	0,92

5. Maßnahmen zur Förderung politischer Kompetenzen

Der geringe Erfolg politischer Bildung wirft nicht nur die Frage auf, durch welche organisatorischen Veränderungen in der Schule politische Bildung zu verbessern wäre, sondern auch, welche *pädagogisch-didaktischen Maßnahmen* die Situation verbessern könnten. Wir haben in diesem Zusammenhang speziell danach gefragt, wie Jugendliche zu politischer Beteiligung ermutigt werden können. Die Experten und Expertinnen wurden um eine Einschätzung von 14 Vorgaben gebeten (vgl. Tab. 4). Keine dieser Vorgaben lehnen die Befragten ab, dennoch variiert die Zustimmung zu diesen Vorschlägen in starkem Maße zwischen sehr sinnvoll, sinnvoll und unter Umständen sinnvoll.

Für am sinnvollsten gilt das *Praktizieren demokratischer Umgangsformen* in der Schule. Alle Experten und Expertinnen halten dies für eine sinnvolle pädagogische Maßnahme, fast Zweidrittel davon sogar für eine sehr sinnvolle. Einen hohen Stellenwert geben viele der Experten und Expertinnen auch praktischem Engagement wie „Eigene Beiträge zur Lösung lokaler Probleme“ (sehr sinnvoll oder sinnvoll sagen 84 %), „Gemeinsame Projekte mit ausländischen Jugendlichen“ (80 %), „Befragungen, Anhörungen und Mitarbeit in Jugendparlamenten“ (73 %), sowie Erkundungen und intellektueller Auseinandersetzung, wie „Anleitung zu kritischer Presselektüre“ (82 %), „Information über die Funktionsweise des politischen Systems“ (67 %) und „Besuche von Institutionen, wie Parlamente, Gerichte oder wichtige Gedenkstätten“ (65 %).

Tabelle 4: Wie sollten Jugendliche zu politischer Beteiligung ermutigt werden? (Befragte in Prozent)

	sinnvoll	u. U. sinnvoll	wenig sinnvoll	$\bar{x}$	σ
Durch Information über die Funktionsweise des politischen Systems	67	23	10	2,21	0,91
Durch den Besuch politischer Veranstaltungen mit der Schulklasse	37	54	9	2,58	0,92
Durch Besuche von Institutionen, wie Parlamente, Gerichte oder wichtige Gedenkstätten	65	32	3	2,13	0,82
Durch die vergleichende Diskussion von Parteiprogrammen	40	46	14	2,65	0,89
Durch gemeinsame Projekte mit ausländischen Jugendlichen	80	17	2	1,83	0,80
Durch Teilnahme an Projekten zur Reintegration von Jugendlichen aus Randgruppen	60	29	11	2,32	0,96
Durch Teilnahme an Demonstrationen	19	44	36	3,25	1,00
Durch Praktizierung demokratischer Umgangsformen in der Schule	95	5	–	1,42	0,61
Durch eigene Beiträge zur Lösung lokaler Probleme	84	15	1	1,66	0,82
Durch Anleitung zu kritischer Presselektüre	82	15	2	1,85	0,78
Durch Befragungen, Anhörungen und Mitarbeit in Jugendparlamenten u.a.	73	25	2	2,01	0,81
Durch direkte Konfrontation mit Armut und Randgruppen	37	45	18	2,72	0,99
Durch das persönliche Kennenlernen prominenter Politiker	16	42	43	3,28	0,97
Durch Dritte-Welt-Partnerschaften	58	34	9	2,37	0,90

Für weniger sinnvoll wird das „Kennenlernen prominenter Politiker“ gehalten. Die Mehrheit geht zwar nicht so weit, dies als eine ungeeignete pädagogische Maßnahme zu sehen, aber nur 16 Prozent halten sie für sehr sinnvoll oder sinnvoll. Dies entspricht der schon in früherem Zusammenhang deutlich gewordenen Kritik der Befragten an den gegenwärtigen Politikern und der politischen Kultur, die sie als eine zentrale Ursache für die Politikverdrossenheit von Jugendlichen ansehen. Ähnlich skeptisch äußern sich die Experten und Expertinnen deshalb auch zu „dem Besuch politischer Veranstaltungen mit der Schulklasse“ (37 %) oder einer „vergleichenden Diskussion von Parteiprogrammen“ (40 %).

Uneinheitlich schätzen die Experten und Expertinnen die politische Arbeit mit Randgruppen ein. Wie schon erwähnt, sehen sie „gemeinsame Projekte mit

ausländischen Jugendlichen“ als pädagogisch sinnvoll an (80 %), deutlich weniger aber die Teilnahme „an Projekten zur Reintegration von Jugendlichen aus Randgruppen“ (60 %) und „Dritte-Welt-Partnerschaften“ (58 %). Nur 37 Prozent halten schließlich eine „direkte Konfrontation mit Armut und Randgruppen“ für pädagogisch sinnvoll oder sehr sinnvoll.

Deutlich wird auch in diesem Zusammenhang wieder, welch hohen Stellenwert die Expertinnen und Experten dem Schulleben einräumen. Sie meinen, dass sich politische Kompetenzen am besten fördern lassen durch „demokratische Umgangsformen in der Schule“. Niemand der Befragten ist der Meinung, demokratische Umgangsformen seien weniger wichtig.

6. Zusammenfassende Diskussion

Ursachen für die schlechte Realisierung anspruchsvoller Lernziele politischer Bildung sehen die Befragten in unserer Studie vor allem in den Bedingungen politischer Bildung in der Sekundarstufe I. Dies sind vor allem der *enge zeitliche Rahmen* für politischen Unterricht und die *Begrenzung auf Vormittagsunterricht*. Die Befragten betonen aber auch die Politikverdrossenheit der Jugendlichen, die sie wiederum auf Probleme der politischen Kultur in Deutschland zurückführen.

Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Bildung in der Sekundarstufe I sehen sie vor allem in der Kooperation mit externen Experten und Expertinnen, in einer fächerübergreifenden Kooperation und in handlungsorientierten Lernformen sowie in einer Öffnung von Schulen nach außen. Projektwochen, Workshops und Arbeitsgemeinschaften werden als sinnvoll eingeschätzt..

Die Ergebnisse unserer Expertenbefragung stehen in *Übereinstimmung mit unseren anderen Vorstudien* der 1. Projektphase. In einer Analyse der Lehrpläne aller 16 Bundesländer für die Sekundarstufe haben wir herausgefunden, dass für politischen Unterricht in der Sekundarstufe nur durchschnittlich knapp eine Wochenstunde vorgesehen ist (Trommer 1999). Ferner wird der Unterricht häufiger fachfremd erteilt und fällt zudem öfter aus als andere Unterrichtsfächer. Nur zwei Bundesländer beginnen vor der 7. Klasse mit politischem Unterricht. Gleichzeitig formulieren die Rahmenrichtlinien jedoch sehr anspruchsvolle Lernziele, deren Realisierung angesichts der gegebenen Rahmenbedingungen unrealistisch erscheint.

Die Sichtung von Schulprojekten, die für das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ eingereicht wurden, zeigt, dass Projekte zusätzliche Möglichkeiten für politische Bildung über den Fachunterricht hinaus nutzen (Händle, 1997, 1999). Sie greifen dabei Themen auf, die auch in der Einschätzung der Expertinnen und Experten einen hohen Stellenwert für politische Bildung haben, jedoch in den Lehrplänen oft weniger wichtig erscheinen, wie Kooperation im Schulleben, Verständnis für Minderheiten, friedliche Konfliktlösung, Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und Umweltschutz. In vielen Projekten finden sich auch Empfehlungen der Expertinnen und Experten zur Verbesserung politischer Bildung realisiert: Kooperation mit anderen Fächern und mit Externen, Projektwochen und Arbeitsgemeinschaften.

In der politischen Bildung der Bundesrepublik Deutschland werden also anspruchsvolle Ziele formuliert, die aufgrund ungünstiger gesellschaftlicher und

schulischer Rahmenbedingungen als wenig erreicht eingeschätzt werden. Andererseits benennen die befragten Experten und Expertinnen jedoch auch Maßnahmen, die die politische Bildung an Schulen verbessern können.

Literatur

- Händle, Christa 1997: Schul-Projekte zur politischen Bildung. In: DVPB aktuell, 2, 17–20
- Händle, Christa 1999: Politische Bildung in ausgewählten Projektdokumentationen. In: Händle, Christa u.a. (Hg.). Aufgaben politischer Bildung in der Sekundarstufe I: Studien aus dem Projekt Civic Education. Opladen: Leske + Budrich, S. 209–248
- Händle, Christa; Oesterreich, Detlef und Trommer, Luitgard 1997: Politische Bildung in der Sekundarstufe I. Projektübersicht und erste deutsche Ergebnisse einer international vergleichenden Studie. In: Diskurs, 2, S. 64–67
- Händle, Christa; Oesterreich, Detlef und Trommer, Luitgard 1998: Eine Studie zur politischen Bildung in der Sekundarstufe I im Rahmen der IEA. In: DVPB aktuell, 1, S. 29–31
- Oesterreich, Detlef; Händle, Christa und Trommer, Luitgard 1999: Ergebnisse einer Befragung von Experten und Expertinnen zur politischen Bildung in der Sekundarstufe I. In: Händle, Christa u.a. (Hg.): Aufgaben politischer Bildung in der Sekundarstufe I: Studien aus dem Projekt Civic Education. Opladen: Leske + Budrich, S. 131–208
- Oesterreich, Detlef 2002: Politische Bildung in Deutschland. Ergebnisse einer Befragung von Jugendlichen der 8. Klasse im Rahmen des civic education Projekts der IEA. (unveröffentlichtes Manuskript/ Publikation Anfang 2002 bei Leske+Budrich)
- Torney, Judith; Oppenheim, A. N. und Farnen, R. 1975: Civic Education in ten countries: An empirical study. New York: Halsted Press
- Torney-Purta, Judith; Schwille, John und Amadeo, Jo-Ann (Hg.) 1999: Civic Education across Countries: Twenty-four National Case Studies from the IEA Civic Education Project. Delft: Eburon Publishers
- Torney-Purta, Judith; Lehmann, Rainer; Oswald, Hans und Schulz, Wolfram 2001: Citizenship and Education in Twenty-eight Countries. Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen. Delft: Eburon Publishers
- Trommer, Luitgard 1999: Eine Analyse der Lehrpläne zur Sozialkunde in der Sekundarstufe. In: Händle, Christa u.a. (Hg.): Aufgaben politischer Bildung in der Sekundarstufe I: Studien aus dem Projekt Civic Education. Opladen: Leske + Budrich, S. 69–130

Detlef Oesterreich, Dr. phil.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Forschungen zur politischen Bildung, zum Autoritarismus und zum Rechtsextremismus;

Christa Händle, Dr. habil.; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung; Forschungen zur Schulkultur, Lehrerbildung, politischen Sozialisation und politischen Bildung;

Luitgard Trommer, Diplomkaufmann; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung; Statistische Auswertungen und Analysen, u.a. zum Thema Ausländer, Erwerbstätigkeit sowie Weiterbildung;

Anschrift für alle: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Lentzeallee 94, 14195 Berlin

E-mail: oest@mpib-berlin.mpg.de